



blickpunkt

Nr. 246
Juni 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Unruhe ist die erste Bürgerpflicht

In den letzten Tagen gab es erneut Berichte über den Bau einer dritten Parallelbahn auf dem Flughafen. Die "Flughafen Arbeitsgruppe 2000" erklärte hierzu u.a.:

"Nachdem der Kreis Groß-Gerau lang genug unter Druck gesetzt wurde, hat der Erste Beigeordnete zugegeben, daß er mit dem FAG-Vorstandsmitglied Schölch Gespräche über weitere Ausbauten des Frankfurter Flughafens geführt hat. Sowohl Landrat Blodt, als auch der Erste Beigeordnete Schmitt hatten dies in Abrede gestellt, bzw. auf Nachfragen mit Dementis reagiert.

Dieses Verhalten dient nicht den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises, die ein großes Interesse daran haben, zu erfahren, wo nun schon wieder Wald gefällt und der Flughafen ein weiteres Mal erweitert werden soll. Es bleibt die Frage, ob Baldur Schmitt als Sprecher der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafenausbau noch das Vertrauen der Bürger/Innen genießt?

Inhaltlich hat die Pressestelle der FAG mit ihrer Erklärung versucht, zu vernebeln, worum es dem Flughafen eigentlich geht:

Es geht um die Verlegung der Okrifteiler Straße, um innerhalb des jetzigen Flughafengeländes (und hierzu

gehört auch der Bannwald südlich der heutigen Okrifteiler Straße zwischen Tor 31 und Tunnel) die Option für eine neue Südbahn zu realisieren. Dies läßt sich unter Umgehung des Beschlusses der Wiesbadener Koalition verwirklichen. Die FAG könnte im Rahmen der Erneuerung der südlichen Piste eine neue, 2500 m lange Südbahn bauen und damit eine wesentliche Kapazitätssteigerung bei Starts und Landungen erreichen.

Längerfristig geht es der FAG um eine Komplettierung (Verlängerung)

des Airporttringes rings um den Flughafen.

Auch besteht kein unmittelbarer Zusammenhang mit der geplanten Nutzung eines FAG-Grundstückes in Walldorf und den wesentlichen Inhalten des Gesprächs zwischen Schmitt und Schölch. Auch verschweigen beide, daß eine Verlegung der Okrifteiler Straße ohne Waldverlust nicht möglich ist.

Wir fordern die FAG und den Kreis auf, die Pläne auf den Tisch zu legen und den Inhalt der Gespräche bekannt zu machen."

Wetten daß . . .

Zugegeben - die Menschen rings um den Flughafen sind empfindlicher geworden. Mißtrauisch werden die FAG-Erklärungen gelesen. Die Gründe für dieses Verhalten liegen auf der Hand: Wir wurden schließlich schon zu oft belogen! Außerdem, mit Straßenumlegungen hat es schon einmal begonnen!

Jetzt wird wieder einmal kräftig dementiert und vernebelt: "Keine neue Bahn", "es gibt den Auf-

sichtsratsbeschluß, nicht zu erweitern", "die Wiesbadener Koalition läßt's nicht zu" und ähnliches ist zu hören.

Aber hat nicht der smarte neue Frankfurter SPD-OB erst jetzt bei seiner Antrittsrede den Ausbau gefordert?

Und überhaupt, der Flughafen platzt aus allen Nähten, ein Hochhaus in Walldorf, neue Straßen, neue Kapazitäten - wollen wir wetten, daß da auch neue Ideen für eine neue Bahn diskutiert werden?

Protest gegen Lärmterror

Die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf stellte folgende Resolution im Stadtparlament zur Abstimmung:

DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG MÖGE BESCHLIESSEN:

"Wir protestieren entschieden gegen die andauernden Nachtflüge der US-Air Force. Wir verurteilen die Art und Weise, wie die amerikanische Luftwaffe sich ständig über Vorschriften hinwegsetzt und willkürlich mit schweren Frachtmaschinen das Stadtgebiet von Mörfelden-Walldorf überfliegt."

BEGRÜNDUNG:

Zur Zeit gibt es auf dem Frankfurter Flughafen einen stark angestiegenen militärischen Flugbetrieb. Im April gab es neue Rekorde. In einer Woche zwischen ein und drei Uhr Nachts 62 Starts und Landungen! Davon 47 große US-Galaxy!

Die Amerikaner benehmen sich dabei wie die Besatzer der ersten Stunde und scheuen sich nicht um deutsche Vorschriften und Bestimmungen. Festgelegte Flugrouten existieren für sie nicht.

Von den 60.000 im Rhein-Main-Gebiet stationierten US-Soldaten waren 26.000 am Golf-Krieg beteiligt.

Jeden Tag kommen Soldaten zurück. Viele bleiben in Saudi-Arabien und müssen versorgt werden.

Alle Soldaten des V. Korps landen zunächst in der BRD, ehe entschieden wird, welche Einheiten aufgelöst werden. Die gesamte US-Armada fliegt über unsere Köpfe und landet auf der US-Air Base. Und das soll noch lange so weiter gehen. Die Bevölkerung ist aber an einem Punkt angelangt, wo sie weiteren Fluglärm nicht mehr ertragen kann. Wir erwarten deshalb von der Hessischen Landesregierung energische Schritte gegen den Lärmterror aus der Luft."

Asche?

"Wie Zigarettenasche sah es aus, was aus den Triebwerken kam", berichtete uns ein Mörfelder. Er war mit seinem Hund in der Nähe des Grillplatzes spazieren gegangen, als eine vierstrahlige Maschine ein regelrechtes "Schneegestöber" hinterließ. "Es waren Flocken dabei, so groß wie Zigarettenaschachteln" erzählte uns der Mann. Bei solchen Berichten, aber auch beim Kerosingestank der manchmal über die Stadt zieht, denkt man nach über das, was wir eigentlich nicht wissen. Zum Beispiel: Wieviel Gift kommt eigentlich aus den Triebwerken? Wieviel Schaden wird da angerichtet? Ob wir die Antwort je erfahren werden?

Die Lügner von Bonn

Eigentlich müßte es Fahndungsplakate geben; "Gesucht - die Lügner von Bonn - wegen fortgesetzter Falschaussage, Wählerbetrug und grober Täuschung".

Aber sie sind ja alle bekannt, die Herren Kohl, Waigel, Lambsdorff - und gefahndet wird auch nicht.

Vor den Bundestagswahlen haben sie behauptet, die Steuern werden nicht erhöht, unter keinen Umständen. Drei Monate später hatten sich alle drei "geirrt". Jetzt plündern sie skrupellos unsere Taschen. Und wie üblich bezahlen vor allem "die Kleinen". Für Abgeordnete und Unternehmer ist auch die Solidarität mit den neuen Bundesländern nicht nur billiger, sie verdienen auch kräftig daran. Kaum war der Thüringische Landtag gewählt, haben sich die "Volksvertreter" auf Antrag der CDU die Diäten auf Westniveau erhöht.

Auch in den Chefetagen großes Händereiben. Die Deutsche Bank machte 4 Milliarden plus, Siemens fast 2 Milliarden und Grete Schickedanz ("Quelle") über eine Milliarde.

Wenn es um Geld geht, dann wären heute andere Quellen anzupapfen. Zum Beispiel:

Alle Waffenschieber zahlen ihre Gewinne zurück!

Die Rüstungsausgaben werden gestrichen!

Alle, die sich an der Einheit eine goldene Nase verdienen, werden energisch zur Kasse gebeten!



Karl Marx muß dem König weichen

Im letzten "blickpunkt" schrieben wir schon über den "Schildersturm", die Straßenumbenennungssorgie in den fünf neuen Ländern.

Nun liegt uns eine "Information der Arbeitsgruppe Straßenumbenennungen Berlin-Ost" vor. Darin endlose Reihen von Namen die "getilgt" werden sollen. Beispiele: Anna Seghers, Arnold Zweig, Salvador Allende, August Bebel, Geschwister Scholl, Pablo Neruda, Paul Dessau, Pablo Picasso... so geht es endlos weiter. Nicht nur die Namen von im Nazireich umgebrachten Kommunisten, nein auch die Namen von Sozialdemokraten und bürgerlichen Antifaschisten müssen weg.

Im katholischen Heiligenstadt, hier erhielt unser Kanzler 80% der Stimmen, hat man am Rathaus eine Tafel mit den Namen erschossener Antifaschisten entfernt. In Buckow verlor die Karl-Marx-Straße ihren Namen und heißt nun Königstraße. Wie soll man das alles nennen? Instinktos? Peinlich? Nein, einfach nur stinkreaktionäre Politik, die Widerstand herausfordert.

Herzliche Einladung zum Grillfest der DKP Mörfelden

Seit vielen Jahren ist das DKP-Grillfest ein Höhepunkt der örtlichen Sommerfeste. Viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bringen mit ihrem Besuch auch ihre Verbundenheit mit linker Politik und mit der DKP-Stadtzeitung "blickpunkt" zum Ausdruck.

Auf diesem Sommerfest, im schönen Hof des "Goldenen Apfels", gibt es viele Möglichkeiten mit den DKP-Stadtverordneten und dem DKP-Stadtrat ins Gespräch zu kommen, Anregungen und Tips weiterzugeben.

Wie immer ist auch in diesem Jahr die Tombola einer der Anziehungspunkte. Hier gibt es wieder Hauptgewinne, die sich sehen lassen können. Es gibt Spaß und Überraschungen für Alt und Jung.

So ist die "Frau Rauscher" in Mörfelden und für die Kinder gibt es ein Karussell.

Erstmals wird bei diesem Fest auch auf Plastikbecher und -teller verzichtet - die DKP hat ein umweltfreundliches Geschirrmobil gemietet.

Die DKP-Mörfelden-Walldorf, ihre Stadtverordneten und der "blickpunkt" laden alle ein, die einen stimmungsvollen Nachmittag und eine schönen Abend vor der Scheune des "Goldenen Apfels" verbringen wollen.

MUSIK

GRILLFEST

**13. Juli, ab 14 Uhr,
im Hof des »Goldenen Apfel«**

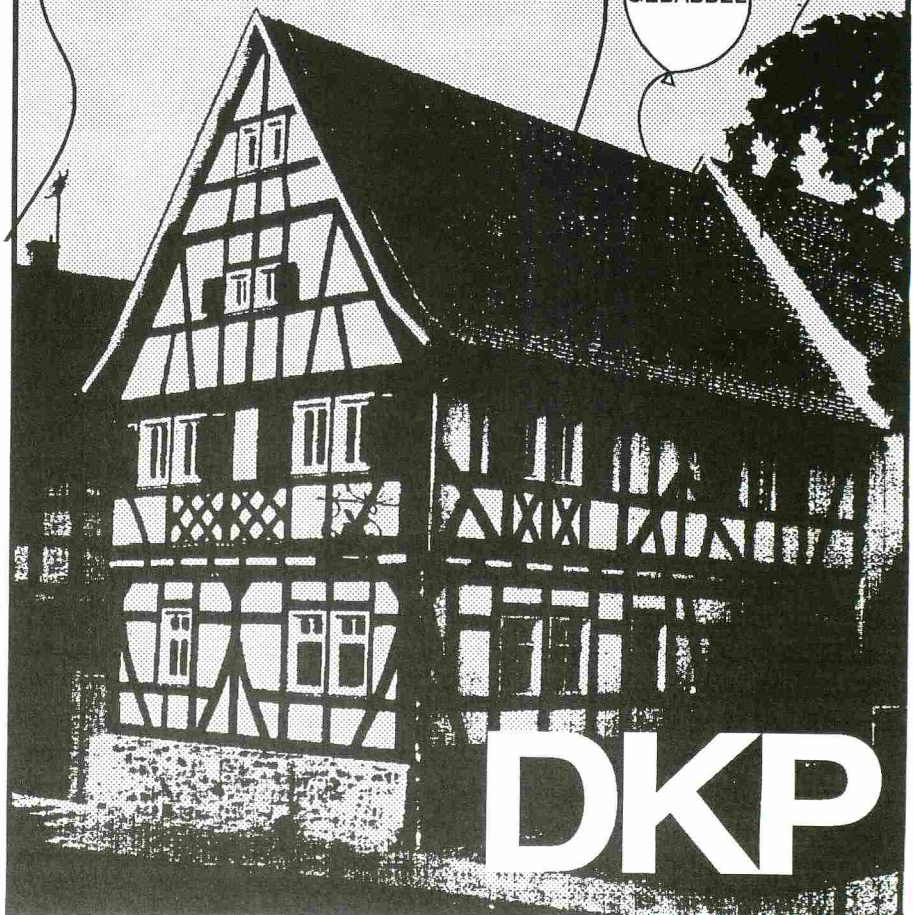
BIER
VOM
FASS

ESSEN
TRINKEN
STIMMUNG

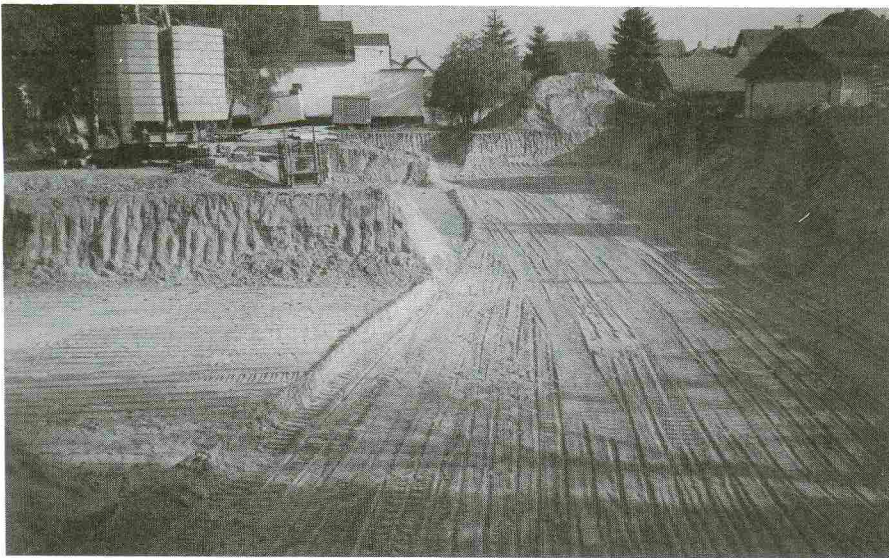
RIESEN
TOMBOLA!
HAUPTGEWINN
1 FAHRRAD

KAFFEE
KUCHEN

GEBABEL



DKP



Erschrecken über eine Baugrube

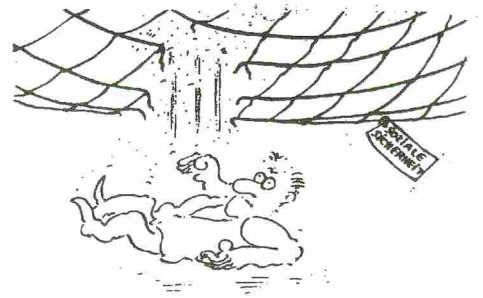
Im November 1990 hatten die Stadtverordneten die Vorlage auf dem Tisch: "18 Wohneinheiten, Feldstraße 12-16". Darin hieß es u.a.: "Der schöne und erhaltungswürdige Baumbestand des Grundstücks bleibt weitgehend erhalten ...".

Hätten die Stadtverordneten damals schon die heutige Baugrube sehen können, wäre sicher mancher nachdenklich geworden. Der Bauherr Manfred Obitz meinte jetzt: "... sicher sieht es hier ein bißchen kahl aus!" Stimmt!



Die DKP-Fraktion besichtigte den Bereich rund ums Rathaus. Das Bild entstand am "Nabel der Stadt", dem "Dalles". Hier auf dieser Parkettfläche (ein Tanzboden für Stadtfeste?) soll einmal eine Brunnenanlage entstehen. Sie soll Ersatz sein für die früher hier sprudelnden Wasserfontänen. Der Platz drum herum ist schon seit geraumer Zeit neu gestaltet, doch der "Punkt auf dem i", der neue Brunnen, fehlt noch immer. Nach der öffentlichen Diskussion um dieses Kunstwerk gab es eine behördliche Reaktion. Das Loch wurde zugedeckt. Was dort aus Sicherheitsgründen geschah ist symptomatisch für unsere Stadt. Von Zeit zu Zeit flammen Themen auf, werden heftig und gegensätzlich oft unter Zeitdruck diskutiert um dann wieder in der Versenkung zu verschwinden. Insider mutmaßen, daß der Bürgermeister eine große Schublade hat, aus der er nach Belieben Dinge herausholt und wieder verschwinden läßt. Im Falle des Rathausbrunnens in der Stadtmitte dürfen wir hoffen, daß das Thema bald wieder hervorgeholt wird.

RD



Loben und lamentieren ...

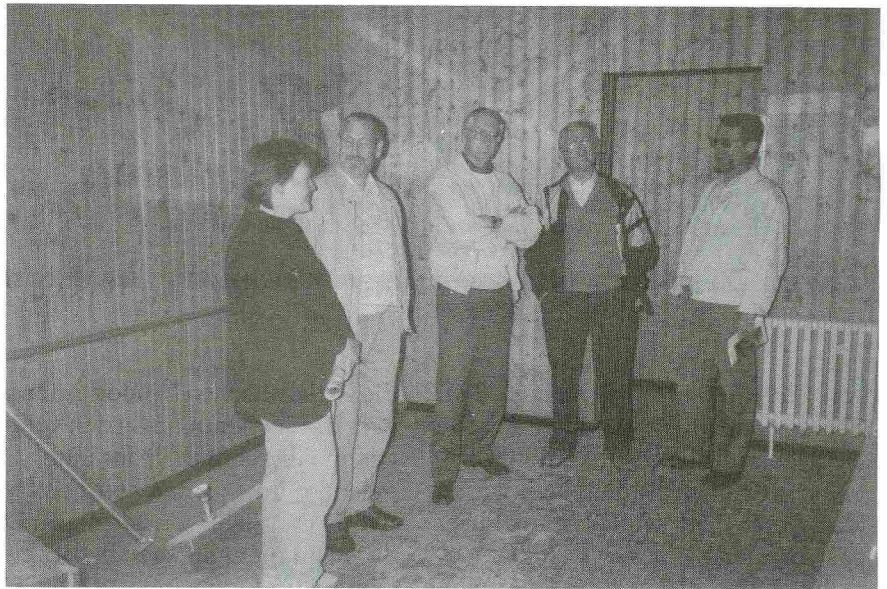
gehören zum politischen Alltag der Kreisverwaltung. Bei festlichen Anlässen gefällt sich Landrat Blodt in der Rolle des glücklichen und starken Kreisverwaltungschefs. Er lobt die "prosperierende" Wirtschaft, die Finanzkraft, führt das "soziale Netz" und die "vorzüglichen Leistungen" der öffentlichen Hand an. Doch kürzlich waren wieder andere Töne aus Groß-Gerau zu vernehmen. Der Kreisrat ist defizitär, das Geld reicht hinten und vorne nicht. Bei einer Bürgermeisterbesprechung wurde den Amtschefs der Kommunen erklärt, daß die Kreisumlage erhöht werden müsse. Man nannte bei dieser Gelegenheit - welche Offenheit - auch die Ursache der Finanzmisere: Steigende Sozialhilfeaufwendungen und Umlagen an den Landeswohlfahrtsverband. Womit ist dies zu erklären bei "prosperierender" (gedeihen, vorankommen, lt. Duden) der Wirtschaft? Grund ist die Ausgrenzung von immer größeren Bevölkerungskreisen aus dem Erwerbsleben. Die Arbeitslosenzahlen werden schöngerechnet, indem Erwerbslose bei bestimmten Kriterien nicht mitgezählt werden. Die Wohnungsnotstandsfälle häufen sich, Wohngeld wird immer häufiger in immer größerer Höhe gezahlt. Das deutsche Sprichwort "den Letzten beißen die Hunde", trifft auch hier zu. Das Geld, das in Zukunft mehr an den Kreis abgeführt werden muß, fehlt in den Kassen der Gemeinden. Dieser werden sich, man kann dessen sicher sein, bei den Bürgern schadlos halten. Wo möglich, werden Gebühren und Steuern erhöht. Die "gebissenen Letzten" werden also die Bürger sein, die trotz steigender Gewinne der Unternehmen, trotz steigender Wirtschaftskraft, trotz hochgelobter "freier sozialer Marktwirtschaft" die Rechnung bezahlen werden.

RD

Im Stadtkern unterwegs

Die DKP-Fraktion war im Mörfelder Stadtkern unterwegs und besichtigte das seit über einem halben Jahr leerstehende alte Rathaus, die Dachräume über der Polizeistation und verschiedene, für Parkplätze vorgesehene Grundstücke.

Die Fraktion befindet sich in der Frage der Nutzung der Gebäude und der Liegenschaften noch in der Diskussion und ist selbstverständlich für Hinweise und Ratschläge aus der Bevölkerung dankbar.



Mitglieder der DKP-Fraktion bei der Besichtigung des alten Rathauses in Mörfelden.

Das alte Rathaus

Das Gebäude, einige Jahre als Therapeutikum genutzt, hat eine erhaltenswerte Bausubstanz und die Raumaufteilung läßt verschiedene Möglichkeiten der Nutzung zu. Allerdings sind für jede Nutzungsart vorerst einmal einige hunderttausend Mark für Reparaturen und das Herrichten der Räume aufzubringen.

Bedarf wird von verschiedenen Seiten angemeldet. Der "Kamin-Club", die Psychosoziale Beratungsstelle, aber auch der "Freundeskreis der Suchtkrankenhilfe" sind auf Raumsuche. Andere würden sehr gerne die Städtische Bücherei, die zur Zeit sehr beengt über der Polizeistation untergebracht ist, dort einziehen sehen. Dazu käme noch die kommerzielle Nutzung, die anscheinend inzwischen von der SPD favorisiert wird. Der Bürgermeister hat bereits hierzu bei der hiesigen Gewerbegemeinschaft angeklopft und wie zu hören war, wäre der Besitzer eines Buchladens interessiert. Inzwischen wurden auch Gedanken geäußert, daß eventuell die Polizei dort einziehen könnte, sodaß die derzeit vom Land Hessen gemieteten Räume im gegenüber liegenden alten Schulgebäude frei würden und die Bücherei dort die unteren Räume beziehen könnte. Auch ist Interesse von privater Seite geäußert worden, dort Räume für ein Kultur-Cafe anzumieten.

Bei der Betrachtung vorgenannter Möglichkeiten der Nutzung des alten Rathauses darf auf keinen Fall vergessen werden, daß die Stadt für ihre eigenen Stadtwerte in der Kirchgasse Räume angemietet hat und dafür monatlich 2.250,-DM Miete bezahlen muß.

Die Bediensteten sind dort sehr beengt untergebracht und wären froh, wenn sie in andere Räume umziehen könnten, zumal sie dann in unmittelbarer Nähe zum Mörfelder Rathaus und dem dort befindlichen Bauamt untergebracht wären. Sicherlich würde noch Platz verbleiben für das Ordnungsamt, das zum gleichen Dezernat gehört.

Unverständlich ist auf jeden Fall, daß ein komplettes Gebäude wie das alte Rathaus, seit über einem halben Jahr leersteht und an anderer Stelle für die Anmietung von Räumen viel Geld ausgegeben werden muß. Auf jeden Fall sollten diese Gedanken auch mit in Erwägung gezogen werden bei der Diskussion über eine Rathausweiterung in Walldorf.

Auf das Thema Parkplätze in der Innenstadt und Schaffung von Räumen für die städtische Bücherei in Mörfelden, wird der "bp" in der nächsten Ausgabe zurückkommen.

Heinz Hechler

6,75 Millionen für die Kriegskasse

Als Beitrag zur Finanzierung des Golfkriegs hat Finanzminister Waigel 18 Milliarden DM an die USA überwiesen - ohne Nachweis tatsächlicher Kosten. Jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland - vom Säugling bis zum Greis - wird grob gerechnet mit 225,- DM zur Kasse gebeten. Auf unsere Stadt entfallen nach dieser Rechnung bei 30000 Einwohnern 6,75 Millionen DM, die über Steuererhöhungen eingetrieben und in den Säckel der US-Militärs geworfen werden. Neues Denken, Abrüstung - von den ehemals sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion wird das als selbstverständlich verlangt. Im eigenen Land: Fehlanzeige! Hier wird nach wie vor ebenso selbstverständlich Hochrüstung und Krieg finanziert. Auf Kosten der Menschen, die meistens nicht gefragt werden, ob sie mit dieser Verwendung ihres Geldes einverstanden sind.

6,75 Millionen Mark - bei anderer Verwendung dieser Steuergelder könnte in Mörfelden-Walldorf ein Teil der neuen Kläranlage für unsere Stadt bezahlt, oder andere soziale Einrichtungen finanziert werden.

Vorrang hat in unserem Land aber offensichtlich die Beteiligung am weltweiten Spiel mit dem Feuer. GS

22. Juni

Ein Tag zum Nachdenken

Am 22. Juni jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem das faschistische Deutschland die Sowjetunion überfiel. Die Kriegsziele der Nazis waren klar. Der Begriff "Neuordnung Europas" brachte sie auf den Punkt. Gemeint war damit die totale Umgestaltung unseres Kontinents nach dem Willen und den Wünschen des aggressiven deutschen Großkapitals. "Volk ohne Raum" so hieß damals die Losung, die den einfachen Menschen den Raubkrieg der braunen Barbaren schmackhaft machen sollte. In Wirklichkeit aber ging es um die Vorherrschaft in Europa, um Bodenschätze, überhaupt um den Reichtum der Länder vom Atlantik bis nach Asien hinein. Und nicht zuletzt war die Auslöschung der Sowjetunion erklärtes Ziel der Faschisten.

War die Hitler-Partei 1933 an die Macht gebracht worden, um vor allem innenpolitisch den "roten Spuk" zu beenden, so wurde sehr schnell deutlich, daß auch in der Außenpolitik die wesentliche Stoßrichtung gegen das erste Land des Sozialismus gerichtet war. Die Sowjetunion, von der der englische Kriegs-Premier Churchill meinte, man hätte "das Balg in der Wiege erwürgen" sollen, war von Anbeginn ihrer Existenz den kapitalistischen Ländern ein Dorn im Auge. In Hitler und seiner Nazi-Partei sah das deutsche Großkapital die einmalige Chance, dies zu bewerkstelligen.

Wie der Versuch vor fünfzig Jahren endete, ist bekannt. 50 Millionen Tote forderte der zweite Weltkrieg, darunter allein 20 Millionen Sowjetbürger! Doch so verheerend die Kriegsfolgen auch waren - die nach 1945 entstandene Lage garantierte zumindest partiell relativ stabile Verhältnisse in Europa und der Welt, was nicht zuletzt auf das zu Beginn der siebziger Jahre entstandene Kräftegleichgewicht zurückzuführen war. Welch positive stabilisierende Rolle

die sozialistischen Länder, insbesondere die Sowjetunion, in den vergangenen Jahrzehnten in der internationalen Politik spielten, wird erst jetzt richtig deutlich, wo viele dieser Länder nicht mehr als sozialistische existieren und die Sowjetunion ums Überleben ringt. Festzuhalten bleibt, daß die Sowjetunion jene Rolle nicht allein durch ihre bloße Existenz und ihre militärische Stärke spielte. Seit 1917 hat sie immer wieder versucht, durch die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und durch konkrete Abrüstungsvorschläge den Charakter der internationalen Beziehungen neu zu gestalten!

Erst mal blaue Helme

Bei der SPD gab es ein JA zum Einsatz der Bundeswehr bei den Blauhelmen.

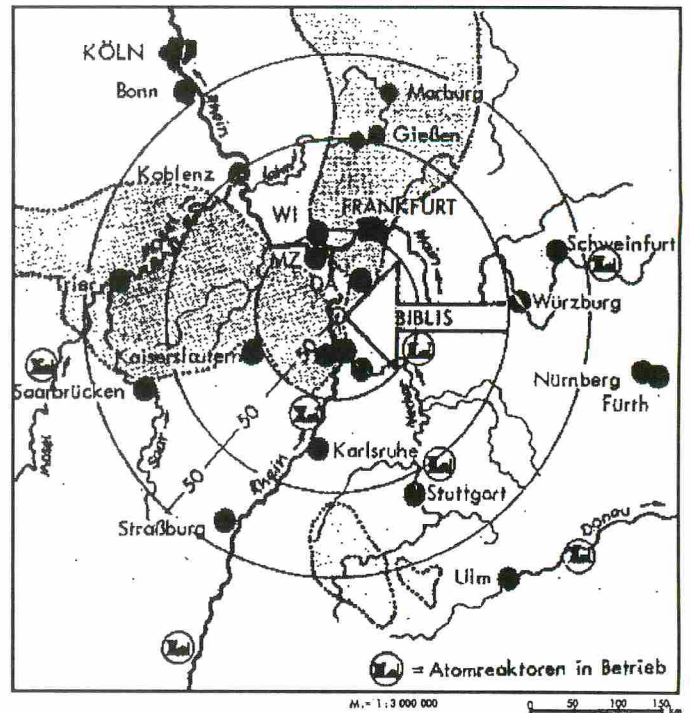
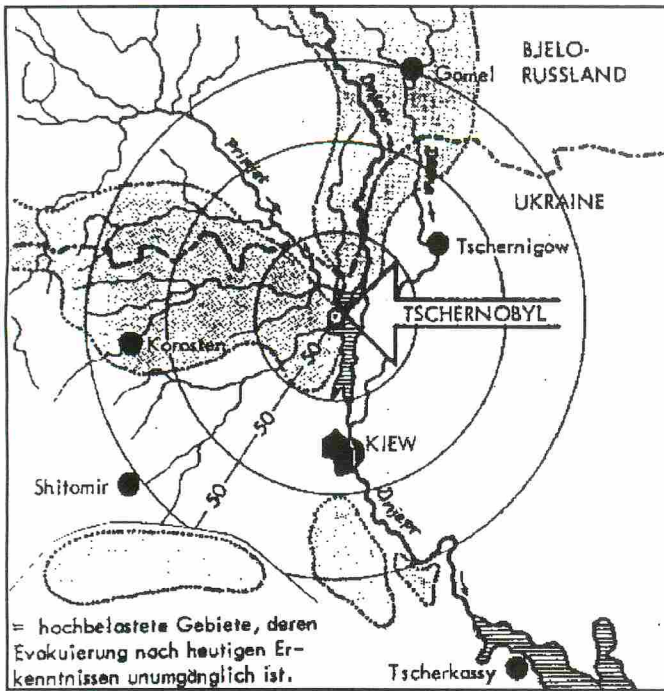
Ein großer Teil der SPD-Basis ist überhaupt nicht froh bei dem Gedanken, daß Deutsche irgendwann auf Araber, Afrikaner oder Jugoslawen schießen könnten.

Auch in der SPD-Spitze streitet man sich noch, ob das alles mit oder ohne Grundgesetzänderungen zu bewerkstelligen sei.

Eine Militärpremiere auf wildfremder Bühne kann leicht zum Desaster werden. Begonnen hat's schon. Die Marine fischt bereits seit vielen Wochen nach Minen, auch wenn sie kaum was findet. Und nun noch die blauen Helme.

Damit es nicht noch dicker kommt, wird erst einmal mitgemacht. Schon zu oft war dies der Sozialdemokraten Losung. Sie haben immer draufgezahlt - und mit ihnen stets das ganze Volk.

Heute wird bei uns davon gesprochen, daß die Nachkriegszeit endlich vorbei sei. Das "Wir sind wieder wer" der Wirtschaftswunderära feiert fröhliche Urständ', diesmal vor allem auf die internationalen Beziehungen gemünzt. Kaum ist das internationale Kräfteverhältnis dramatisch ins Rutschen gekommen, da ist die Rede bereits wieder von einer Neuen Weltordnung. US-Präsident George Bush hat sie diesmal kreiert und alle wollen mitmachen. Es gibt wieder etwas zu verteilen. Keiner will zu spät kommen! Nach Bushs eigenen Worten war der Golfkrieg das erste Beispiel für das "neue Handeln" der Zukunft. Der Beitrag des neuen Deutschland zu dieser neuen Weltordnung besteht in der Option, überall auf der Welt militärisch präsent zu sein und gegebenenfalls auch mit Bundeswehrruppen einzugreifen. Zu diesem Zweck soll nun die Verfassung geändert werden. Kanzler Kohl hat jüngst noch einmal deutlich gemacht, daß es nicht nur um den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von UNO-Kontingenten geht, sondern auch um die Teilnahme an europäischen Militäraktionen, wo immer sie auch stattfinden mögen. Und die SPD, die als die entscheidende parlamentarische Kraft der Opposition gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien diese geplante Verfassungsänderung zu Fall bringen könnte, will jetzt deutsche Blauhelme. Man sieht also: der ersehnte immerwährende Frieden nach dem Verschwinden des Ost-West-Konfliktes findet nicht statt. Im Gegenteil, die Welt ist unsicherer geworden, seit es den Sozialismus als Weltsystem nicht mehr gibt. Die Lage ist komplizierter geworden, aber sie ist nicht hoffnungslos. Gerade die Auseinandersetzungen um den Golfkrieg haben gezeigt, daß es eine beträchtliche Anzahl von Menschen gibt, die diesen Wahnsinn nicht mehr mitmachen wollen. Es bedurfte im-



Maßstäblicher Vergleich der Schadensgebiete der Nordukraine und des Südlichen Bjelorußland mit den Potentiellen Schadensgebieten bei einem ähnlichen Unfall in Biblis unter Annahme identischer meteorologischer Verhältnisse. Bei einem vergleichbaren Unfall in einer dichtbesiedelten Region Westeuropas wäre der Zusammenbruch der Volkswirtschaften unvermeidlich.

Tschernobyl ist überall

Ende April '86 entwichen bei der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl große Mengen radioaktiver Substanzen. Weite Teile Europas wurden belastet. Fünf Jahre nach der Katastrophe wird in der nördlichen Ukraine und im südlichen Weißrußland immer noch ein Anwachsen von Strahlenkrankheiten beobachtet.

Tschernobyl hätte eigentlich zum großen Umdenken führen müssen. Davon war aber wenig zu spüren. Als vor kurzem der Biblis-Film ausgestrahlt wurde gab es von der KKW-Industrie, von CDU- und FDP-Politikern Proteste. Man sprach von Panikmache. Wir, die wir direkt an der Haustüre von Biblis wohnen, sollten nie leichtfertig zur Tagesordnung übergehen. Auch Biblis kann Tschernobyl werden.

merhin des wochenlangen Trommel-
feuers fast völlig gleichgeschalteter
Medien, die von morgens bis abends
die Lüge vom Antiamerikanismus
und Antisemitismus der Friedensbe-
wegung verbreiteten, um den Wi-
derstand zum Abbröckeln zu brin-
gen. Es gibt also genug Menschen,
die die Nase von Krieg und Völker-
mord restlos voll haben. Und die
Forderungen sind auch klar: Wir
brauchen nicht neue Waffen und den
Einsatz deutscher Soldaten überall
auf der Welt. Wir brauchen statt des-
sen das Recht auf Arbeit und auf
bezahlbaren Wohnraum in der Ver-
fassung. Wir brauchen Frieden und
viel Geld, um die drängenden Pro-
bleme unseres Landes anzugehen.
Wir brauchen Abrüstung und reale
Rüstungskürzungen, aber auf keinen
Fall Steuererhöhungen, die die sozial

Schwachen am meisten belasten. So
sähen die richtigen Lehren aus dem
22. Juni 1941 aus. Kohl, Waigel und
Wörner allerdings wollen die andere
Richtung einschlagen: zurück in die
Vorkriegszeit!

Jede achte Mark für den Mili-
tärsektor!
Im Bundesetat 1991 sind 410,33
Milliarden DM auf der Aus-
gabenseite vorgesehen.
Für den Militärbereich stehen
52,5 Milliarden DM zur Ver-
fügung.

**Jede Mark
hilft dem
"blickpunkt"!**

Unser Konto:
Kreissparkasse
Groß-Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553

Stadtgeschichten



Ein Pfingstausflug im offenen Cabriolet war Anfang der dreißiger Jahre noch eine Seltenheit und wenn schon, dann für die Betuchten. Damals sah man noch mehr Pferde als Autos auf den Straßen. Um so mehr kann man nachempfinden, wie sich die jungen Mörfelder gefühlt haben - wer wußte schon von den Passanten, an denen man vorüberfuhr, daß der Wagen nur ausgeliehen war. Die Fahrt ging in den Odenwald, denn eine größere Reise konnte man sich nicht erlauben. Auch hat ein dem Fahrzeug entsprechendes "Dinieren" in einem Spitzenrestaurant nicht stattgefunden, denn die zum Trocknen auf dem Wagen ausgelegten Töpfe und Pfannen lassen eher auf Selbstverpflegung schließen.

Ja noch mehr war von einer der Mitfahrerinnen zu erfahren: "Das wenige Geld, das man dabei hatte, ging für Reparaturen drauf und zu guter Letzt mußte man von Gräfenhausen aus zu Fuß den Heimweg antreten, da der Wagen seinen Geist vollends aufgab.

"Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen." So erfuhren wir auch die Namen der lustigen Gesellschaft. Es waren von links: Gretchen Schulmeyer geb. Langendorf, Helene Schmidt, Adam Schulmeyer, Sofie Fritz geb. Hechler, Karl Fritz, Wilhelm Dammel und Philipp Schmidt. Heute wäre das Fahrzeug ein begehrter Oldtimer.



Von vorgestern ?

Wer auch immer für die Anzeige der Stadt Mörfelden-Walldorf im Jubiläumshft des SC Kickers verantwortlich ist, hinkt 13 Jahre hinter der Zeit her.

Der veröffentlichte Text erwähnt "die vor knapp 280 Jahren gegründete Waldensiedlung Walldorf" und muß demnach von 1978/79 stammen. Entsprechend überholt sind auch andere

Formulierungen dieser städtischen Werbung.

Kein Wort zu umweltpolitischen Ansätzen, neuen Einrichtungen wie den Heimatmuseen oder dem gerade eröffneten Altenwohn- und Pflegeheim, auf die das Wählervolk ansonsten mit Hochglanzbroschüren aufmerksam gemacht wird. Und das, obwohl doch SPD und GBL ständig betonen, daß mit ihrer Regierungsmehrheit seit 1989 in unserer Stadt wieder einmal "die neue Zeit" angefangen hat.

Vielleicht sollte ja im vorliegenden Fall auch bloß unter dem aktuellen Gesichtspunkt der Müllvermeidung eine alte Vorlage wiederverwertet werden.

Oder sollte in unserer Stadtverwaltung jemand von gestern sein ?

P.S. Vielleicht könnten die Verantwortlichen mal die Schublade mit den Anzeigentexten ausmisten, damit so was nicht noch öfter vorkommt.

G.S.